



NR°3

September 2021

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: Dirk Meisel

LILIAN STUDER ÜBERNIMMT DAS PRÄSIDENTENAMT DER EVP SCHWEIZ

A.Z.B.
3001 Bern

Am 19. Juni hat die Delegiertenversammlung in Bern unsere Aargauer Nationalrätin Lilian Studer zur neuen Präsidentin der EVP Schweiz gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Marianne Streiff an, die mit grosser Dankbarkeit für ihr enormes Engagement und stehenden Ovationen verabschiedet wurde. NR Nik Gugger und François Bachmann wurden als Vizepräsidenten bestätigt. Neu gewählt wurde auch der Parteivorstand.

Einstimmig wählten die Delegierten Nationalrätin Lilian Studer, AG, zur neuen Parteipräsidentin der EVP Schweiz. In ihrer Antrittsrede nannte Lilian Studer, 43, die langfristigen Folgen der Pandemie, den Klimaschutz nach dem Scheitern des CO2-Gesetzes, den Dialog mit der EU und die Generationengerechtigkeit bei der Sanierung der Sozialwerke als die grossen Herausforderungen der Schweizer Politik.

Die EVP kann diesen auf einem stabilen Wertefundament begegnen: «Unsere Wertegrundlage, auf der wir politisieren und uns für die Gesellschaft und unser Zusammenleben einsetzen, ist unvergänglich:

Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde», so Lilian Studer. «Die Vision, die sich daraus ableitet und uns zu konkretem Handeln antreibt, ist eine Schweiz ohne Ausbeutung der Natur auf Kosten von Artenvielfalt und Klima. Eine Schweiz ohne Ausbeutung der wirtschaftlich Schwächeren und eine Schweiz ohne Ausbeutung vulnerabler Menschen an Körper und Arbeitskraft. Kurzum: Eine Schweiz ohne Ausbeutung. Oder anders gesprochen eine lebens-«Werte» Schweiz.»

An der Seite von Lilian Studer wählten die Delegierten Nationalrat Nik Gugger, ZH sowie François Bach-

mann, die sich beide als Vizepräsidenten zur Wiederwahl gestellt hatten.

Respekt statt Grabenkämpfe

Zuvor hatte sich die abtretende Präsidentin Marianne Streiff besorgt geäussert über das zunehmende Mass an unverhohlener Streitsucht und roher Gewalt gegen Andersdenkende, das in den Abstimmungskämpfen unserer direkten Demokratie Einzug gehalten hat. Sie rief dazu auf, Grabenkämpfe zu beenden und Meinungsunterschiede mit Respekt, Anstand und Liebe für Gleich- und Andersgesinnte auszutragen. «Ich blicke tief

PROSTITUTION

4 - 5

Was treibt Menschen in die Prostitution? Und was braucht es für den Ausstieg? Polizeichef Alexander Ott im Interview.

TRANSPARENZ

8 - 9

Aus dem Bundeshaus: Erfolge im Kampf für Transparenz und Frauen sowie gegen Waffenexporte.

KLIMAWANDEL

12

Wie weiter nach dem Scheitern des CO2-Gesetzes und des Rahmenabkommens mit der EU? Parlamentarier antworten.

EDITORIAL



Foto: Rebekka Suter

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER

Viele Sonnentage haben wir in diesem Sommer bisher nicht erlebt. Im Gegenteil: Starker Regen und Unwetter waren allgegenwärtig. In Deutschland oder Belgien bedrohte der intensive Regen sogar Menschen und Orte in ihrer Existenz.

Gott sei Dank blieb die Schweiz vor Katastrophen dieses Ausmasses verschont. Dankbar bin ich insbesondere auch für alle Rettungs- und Einsatzkräfte, die vieles geleistet haben, so dass die Unwetter in der Schweiz nicht noch grösseren Schaden anrichten konnten. Auch die Politik hat vieles an Prävention dazu beigetragen. Ich mag mich noch gut an den Aufbau der Gewässerschutzkarte im Kanton Aargau vor nun doch einigen Jahren erinnern und die Umsetzung von Massnahmen, die nun auch ihre Wirkung zeigten.

Mein Tweet zum 1. August lautete dieses Jahr: «Kein leichtes Jahr liegt hinter uns. Trotzdem, ich sehe vieles, worüber ich und wir dankbar sein, uns freuen und staunen können. Herzlichen Dank möchte ich all denjenigen sagen, die sich auf irgendeine Weise für unser Gemeinwohl und unseren Zusammenhalt einsetzen.» Den Tweet kann man auf vieles und viele beziehen, auch auf die Unwetterzeiten und insbesondere alle Helfenden. Sicherlich aber auch auf die Covid-19-Situation, welche für alle nicht einfach ist, auch wenn die Situation sich zwischenzeitlich verbesserte. Auf dem Hut müssen wir bleiben. Es bereitet mir Sorge, dass sich unsere Gesellschaft an der Covid-Pandemie zunehmend spaltet. Aber auch in dieser Zeit gibt es für vieles Danke zu sagen. U.a. sehe ich die finanziellen Massnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft und der Gesellschaft während der Covid-19-Zeit nicht einfach als selbstverständlich an, auch wenn der Staat hier seine Verantwortung innehat.

Für getroffene weitsichtige Entscheidungen bin ich dankbar. Ohne die Gewässerschutzkarte und die präventive Umsetzung von Massnahmen oder eben eine finanziell stabile Situation wären die heutigen Umstände gravierender. Weitsichtige – oder um ein anderes Wort zu gebrauchen – «enkeltaugliche» Entscheidungen, sind zentral. Dafür wünsche ich uns allen in der EVP viel Weisheit.

Herzliche Grüsse

Lillian Studer

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
Das Abonnement erneuert sich jährlich automatisch, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr
Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, evppev.ch

ClimatePartner
klimateutral
Druck | ID: 53458-1410-1071

Chefredaktion und Grafik: Dirk Meisel (dm)
Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg
Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp
Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.
An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Christoph Bösinger, Nik Gugger, Dirk Meisel (dm), Alexander Ott, Roman Rutz (rr), Sara Schnegg (Lektorat), Philippe Siraut (ps), Marianne Streiff (ms), Lillian Studer
Herzlichen Dank allen!

PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 19. Juni 2021 für die Abstimmungen vom 26. September 2021:



**VOLKSINITIATIVE «LÖHNE ENT-
LASTEN, KAPITAL GERECHT BE-
STEUERN» (99%-Initiative)**

JA



**ÄNDERUNG VOM 18. DEZEM-
BER 2020 DES SCHWEIZERI-
SCHEN ZIVILGESETZBUCHES
(EHE FÜR ALLE)**

NEIN

O-TON



Sven Altermatt, ch media am 20.08. 2021 auf watson

«Die Eingaben von Nik Gugger sind wohldurchdacht. Schritt für Schritt baut er Allianzen. ... Er selbst pflegt den Anspruch, Vorstösse einzureichen, die möglichst breit von links bis rechts getragen werden. Gugger sagt, er habe das Bild von «blockfreien Vorstössen» vor sich. Lösungsorientiert und ausbalanciert sollten sie sein, aber dennoch ein klares Ziel verfolgen.»



Sven Altermatt, ch media am 20.08. 2021 auf watson

«Die EVP verfügt über ein einzigartiges Profil, das sie für unterschiedliche Lager anschlussfähig macht. In sozial- oder umweltpolitischen Fragen tickt sie links, in gesellschaftspolitischen konservativ.»

EVP SOCIAL MEDIA



facebook.com/evppev



@evppev



evppev

KOMMENTAR

Foto: Rebekka Suter



Die Schweiz ist eine Willensnation!

Eine Willensnation ist eine bewusst gewollte Gemeinschaft. Laut Wikipedia entsteht sie «aufgrund des freien Willens souveräner Bürger von unten nach oben, wenn diese bereit sind, in hohem Masse Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen...». Diese Willensnation wankt, und das bereitet mir grosse Sorgen.

Verschiedene Gräben lassen unser Land auseinanderdriften, etwa der Generationengraben in der Frage der Alterssicherung. Die letzten Abstimmungen zeigten zudem: Es gibt zwischen Stadt und Land erhebliches Spaltungspotenzial. Denken wir nur an die Pestizidinitiativen und das CO₂-Gesetz. Auch die Coronapandemie, die Massnahmen dagegen und die Frage der Impfungen spalten unsere Bevölkerung. Und zwar nicht nur so, dass andere Meinungen vertreten werden, sondern so, dass gegenseitiger Hass geschürt wird. Und in dieser Situation giesst die SVP noch Öl ins Feuer. Die Städte werden als Schmarotzer und als Ursache verschiedenster Probleme dargestellt. Die ländliche Bevölkerung als Opfer und Leidtragende. Mit diesem Bashing der Städte kann man vielleicht Wähleranteile gewinnen, aber der Schweiz als Willensnation wird erheblich geschadet. Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen bedeutet, aufeinander zuzugehen und Lösungen zu suchen, so wie die EVP das lebt!

MARIANNE STREIFF,
NATIONALRÄTIN
marianne.streiff@evppev.ch

FORTSETZUNG SEITE 1 DELEGIERTENVERSAMMLUNG

dankbar auf eine Partei, die sich als Brückenbauerin mit einem klaren Profil und mit Leidenschaft sach- und lösungsorientiert für Mensch und Umwelt einsetzt», sagte Marianne Streiff in ihrem Rückblick auf ihre Präsidentschaft. Die Delegierten verabschiedeten ihre abtretende Präsidentin mit stehenden Ovationen.

Neuer Parteivorstand

Die Delegierten wählten zudem den Parteivorstand neu. Neben den bisherigen Christoph Bösinger, BE, Andrea Heger, BL, Christian Minder, AG, Lisette Müller-Jaag, EVP-Frauen und Sandra Senn, ZH stossen neu Timon Hofmänner, SG und Barbara Stotzer-Wyss, BE dazu. Sie ersetzen Hansjörg Haller, TG und Christine Schnegg, BE, die beide nicht mehr kandidierten. Sie wurden herzlich für ihr Engagement verdankt.

1x Ja-, 1x Nein-Parole

Die Delegierten fassten ausserdem die Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 26. September: Sie

sagten Ja zur 99%-Initiative. Diese schafft ein Stück mehr Gerechtigkeit in der Schweiz, da sie die bisherige Privilegierung der Dividenden bei der Besteuerung gegenüber den Löhnen beseitigt und damit auch der immergrösser werdenden Ungleichheit im Land entgegenwirkt. Nein sagten die Delegierten zur Ehe für alle inklusive Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare. Die Ehe für alle selbst wäre eine zivilrechtliche Angelegenheit

zwischen zwei Menschen. Die Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare dagegen überschreitet für die EVP die rote Linie. Zudem kennt die Verfassung die Fortpflanzungsmedizin auch für heterosexuelle Paare nur als ultima ratio bei medizinisch indizierter Unfruchtbarkeit.

DIRK MEISEL,
LEITER KOMMUNIKATION EVP
dirk.meisel@evppev.ch



Nik Gugger würdigte voller Dankbarkeit Marianne Streiff.



Einstimmig gewählt: Lilian Studer bei der Annahme der Wahl und ihrer 1. Rede als Präsidentin.



Neu im Parteivorstand:
Barbara Stotzer-Wyss, BE, Timon Hofmänner, SG

PROSPERITA

Die christlich-ethische Pensionskasse



Michèle Moser
kingnature AG



Marco Fuhrer
Burn & Künzi AG



Jasmin Hirschi
Christliche Schule
Bern



Roman Rutz
Evangelische
Volkspartei (EVP)

Die Pensionskasse für Unternehmen, Organisationen und Kirchgemeinden, denen eine christlich-ethische Vermögensanlage am Herzen liegt.

www.prosperita.ch

Foto: Dirk Meisel

Anzeige

«FÜR MICH HEISST DER FOKUS NACH 31 JAHREN: ARMUT UND FEHLENDE BILDUNG!»

Alexander Ott ist als Chef Fremdenpolizei und Co-Leiter des Polizeiinspektorats der Stadt Bern täglich mit Menschen und ihren Schicksalen konfrontiert, die vornehmlich aus osteuropäischen Ländern nach Bern kommen, um in der Prostitution Geld zu verdienen. Die ewige Diskussion um selbstbestimmte Sexarbeit bringt den Betroffenen wenig - denn egal ob im Herkunftsland oder hier in der Schweiz: Was ihnen fehlt sind Perspektiven.



Alexander Ott, 59
Co-Leiter des Polizeiinspektorats und Chef der Fremdenpolizei der Stadt Bern

Herr Ott, welche Wege führen Ihrer 31-jährigen Erfahrung nach Menschen in die Prostitution? Was sind die massgeblichen Gründe?

Wir führen ja mit den Personen, wenn sie im Rahmen des Melde- und Bewilligungsverfahrens zu uns kommen, das Gespräch. Darin stellen wir fest, dass über 80 Prozent der Betroffenen in der Schweiz anschaffen, weil sie in ihren Herkunftsländern kein Auskommen und keine Perspektive

haben. Dann gibt es einen Teil, die sagen, sie müssen einfach Geld verdienen, um sich das oder jenes kaufen zu können. Und schliesslich haben wir noch diejenigen, die sicher nicht freiwillig kommen, die in ihren Heimatländern unter Vorspiegelung falscher Versprechungen rekrutiert wurden, um sie hierher zu schleusen und im Milieu arbeiten zu lassen.

Können Sie das im Rahmen dieser Erstgespräche überhaupt dingfest machen?

Wir haben inzwischen mehr als 3000 Gespräche geführt und unsere Leute sind speziell dafür geschult. Trotzdem können wir das nicht zu 100 Prozent eindeutig feststellen. Bei einem gewissen Anteil der Betroffenen stellen wir aber fest, dass sie zum Beispiel nicht wissen, wie sie beworben werden. Das ist für uns ein wichtiges Indiz. Wir fragen sie auch nach ihrem Reiseweg. Wir fragen auch nach dem Umfeld daheim. Und wenn wir dabei ein schlechtes Bauchgefühl bekommen und zum Beispiel viele Angaben nicht übereinstimmen, dann neh-

men wir diese Personen auf unsere Kontrollliste, um dann zusammen mit der Gruppe Rotlicht der Kantonspolizei Bern dort genauer hinzuschauen.

Offiziell gibt es kaum Zwangsprostitution. Andererseits stösst man immer wieder auf den Satz «Es gibt kaum Prostitution ohne Zwang». Studien sprechen gar von 90% der betroffenen Personen, die sich prostituieren, weil sie dazu gezwungen werden – was stimmt Ihrer Einschätzung nach?

Man darf nie urteilen und bewerten,

nichts mehr zu Essen für meine Familie kaufen kann, dort keine Chance habe, keine Bildung bekomme, keine medizinische Versorgung habe – notabene in den ärmsten Ländern der EU? Dort überlässt man eine ganze mittlere und mittlere Unterschicht sich selbst, so dass die Frauen ihre einzige Möglichkeit zu überleben in der Prostitution sehen.

Wenn man die Definition von Zwang um die ökonomischen Zwänge erweitert, wie viele bleiben dann ihrer Einschätzung nach noch übrig, die selbstbestimmt als

«Man darf nie urteilen und bewerten, wenn man nicht das Ganze in den Fokus nimmt.»

wenn man nicht das Ganze in den Fokus nimmt. Für mich heisst der Fokus nach 31 Jahren: Armut und fehlende Bildung. Das ist der entscheidende Trigger, neben vielem anderen. Was bedeutet Zwang? Bedeutet Zwang, wenn ich in meinem Heimatland in einer total prekären Situation bin,

Sexarbeiterinnen arbeiten?

Das sind dann vielleicht noch 10 Prozent.

Sie selbst sprachen auch schon von «Ketten im Kopf» - wie muss man die sich konkret am Beispiel vorstellen?

Ein grosses Thema ist zum Beispiel die sogenannte Schuldknechtschaft. Wir wissen von Fällen, wo Menschen im Ausland angetriggert wurden: «Bau dir doch das Haus, kauf dir doch das Auto, wir finanzieren dir das, ist gar kein Problem.» So treibt man die Leute in die Schuldenknechtschaft und dann heisst es plötzlich: «Jetzt musst du selber gehen, jetzt musst du das Geld verdienen». Viele der Frauen haben bereits vor Ort Kinder und da hören wir immer: «Ich will für meine Kinder ein besseres Leben, ich gehe arbeiten und mache den Job, damit sie es besser haben.» Das ist so eine Illusion. Für mich ist das Entscheidende: Vor Ort Bildung, Bildung, Bildung. Wir haben 25-jährige Frauen aus osteuropäischen EU-Ländern bei uns, die nicht lesen können und nicht verstehen, was in der Werbung steht, die man für sie



Fotos: pixabay.com und zVg

Was treibt Menschen in die Prostitution? Armut und fehlende Bildung in den Herkunftsländern, sagt Fremdenpolizeichef Alexander Ott.

schaltet. Ich bin felsenfest überzeugt davon, dass diese Frauen, wenn sie über Bildung, Empowerment und Selbstbestimmung verfügen würden, garantiert nicht in die Sexarbeit einsteigen würden.

Welche Konsequenzen beobachten Sie für die Frauen, die sich über Jahre hinweg prostituieren?

Ich sehe einfach die Menschen, die erstmals zu uns kommen und dann nach mehreren Jahren wieder. Da ist es ganz klar: Es geht ihnen physisch und psychisch schlechter. Viele greifen nach unseren Erkenntnissen zum Alkohol oder zu Aufputzmitteln. Diese Menschen sind nach Jahren extrem gealtert wegen der Lebensbedingungen unter denen sie arbeiten müssen.

Zumal der weibliche Körper gemäss Fachleuten gar nicht für 8 bis 10 Sexualakte pro Tag gebaut ist.

Da stellt sich schlussendlich die Frage: Ist diese «Arbeit», diese «Dienstleistung» gleich wie eine andere Arbeit oder Dienstleistung? Da bin ich der Meinung: Nein, sicher nicht.

Kommt noch die ganze psychische Abspaltung hinzu, die eine Frau auf Dauer leisten muss.

Genau. Und was wir auch noch erleben, was auch noch dazu kommt: Die Scham. Die wenigsten in ihrem Umfeld wissen, was sie tun. Sie sagen uns «Meine Mama ist die einzige» - weil die hat es auch schon machen müssen. Und wenn man nachfragt, was die Mama dazu sagt: «Schau zu dir, trage Sorg zu dir. Ich habe auch keine Alternative.»

«Hinter fast jeder Prostituierten steht ein Mann, der profitiert. Aber niemand spricht darüber, aus Angst.» - Deckt sich diese Einschätzung aus dem Milieu mit Ihren Erfahrungen? Und wie muss man sich das Milieu vorstellen, wie sind die Abhängigkeiten und Strukturen?

Das ist sehr schwierig, hier Licht reinzubringen. Es kann übrigens auch eine Frau sein, die dahintersteht. Aber ich würde schätzen, dass in 80 Prozent aller Fälle jemand hinten dran ist, der profitiert.

Aber Zuhälterei ist doch verboten?

Ja, aber die Beweise zu erbringen, dass Zuhälterei vorliegt, ist ein strafjustiziables Problem.



Wo müsste Hilfe ansetzen? Es braucht Perspektiven. «Ein Recht auf Bildung, den Aufbau eines gesunden Selbstwertgefühls, Empowerment und genügend Selbstvertrauen.»

Wenn ich die Infrastruktur bereitstelle und das Marketing mache und jemanden beauftrage, Sexdienstleistungen anzubieten und das Geld dafür kassiere - ist das denn keine Zuhälterei?

Es kommt darauf an, ob das erwirtschaftete Geld von irgendwelchen Personen vollumfänglich abgeschöpft wird. Hinzu kommt, wenn die betroffene Person nicht selbstständig die Dienstleistungen und Kunden bestimmen kann. Um diese Umstände jedoch zu beweisen und gerichtsverwertbar darzulegen, braucht es entsprechende Aussagen der Betroffenen. Und da greifen eben wieder die Ketten im Kopf.

Was braucht es Ihrer Meinung nach, um den Betroffenen wirkungsvoll zu helfen?

Politisch bräuchte es endlich einen Diskurs, der beim Namen nennt, dass der Zustrom nur reduziert wird, indem man die Situation der Menschen in ihren Herkunftsländern verbessert. Die offizielle Schweiz müsste die Problematik auch gegenüber diesen Ländern und der EU zur Sprache bringen. In Rumänien zum Beispiel ist Prostitution verboten. Offiziell heisst es: Gibt es bei uns nicht. Aber sie haben ganze Strassenzüge, in denen sie ausgeübt wird. Da müsste das Problem klar angesprochen werden, denn das «Reservoir» wird immer grösser. Wir haben den Zustrom vor allem aus Ländern, die die europäische Sozialcharta unterschrieben haben, in der sie sich dazu verpflichten, ihrer Bevölkerung eine Perspektive zu geben. Ich kenne etliche Frauen, wenn man denen sagen

würde, du bekommst in deiner Heimat einen Job, von dem du leben kannst, dann würden diese Frauen nicht hier bei uns im Milieu arbeiten.

Gibt es auch in der Schweiz Hebel, an denen wir ansetzen könnten?

Ich würde mir wünschen, dass die ganze Thematik weniger moralisch aufgeheizt ist und dass es in den Diskussionen nicht mehr nur zwei dogmatische Pole gibt. Es braucht eine Versachlichung der Diskussion und weniger Polarisierung. Miteinander gemeinsam pragmatische Lösungen suchen. Wir müssen von den Grabenkämpfen um «Zwangsprostitution» und «selbstbestimmte

zurück ins Milieu gehen und die anderen ermutigen: «Mach den Job nicht. Du musst etwas lernen und dann kann dir geholfen werden.»

Könnte es flankierend unterstützen, wenn man die Nachfrage kriminalisiert, um das Geschäft weniger attraktiv und lukrativ zu machen?

Ich bin sehr skeptisch gegenüber einer Kriminalisierung. Weil man damit das Problem wieder der Polizei zuschiebt. Man müsste das Konsumverhalten bei den Freiern ändern. Dazu gehört ein entsprechendes Mindset, das über Aufklärungsarbeit und Kommunikation das Be-

«Es geht nur, wenn wir den Menschen, die im Milieu unter Zwang arbeiten, Perspektiven schaffen.»

Sexarbeit» wegkommen, damit wir einzelfallbezogene Lösungen für die betroffenen Menschen finden können. Es geht meiner Ansicht nach nur, wenn wir den Menschen, die unter Zwang im Milieu arbeiten, Perspektiven verschaffen. Nachhaltige Ausstiegshilfen würde bedeuten: Recht auf Bildung, den Aufbau eines gesunden Selbstwertgefühls, Empowerment und genügend Selbstvertrauen, damit sie ihr Leben selbstständig und nach ihren Möglichkeiten und Wünschen gestalten können. Aus diesen Erkenntnissen könnte man dann Lehren ziehen und mögliche ganzheitliche Strukturen aufbauen. Denn es gibt keinen grösseren Effekt als den, wenn diese Menschen dann

wusstsein für die Thematik schärft.

Ist das Ihrer Meinung nach allein mit Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen?

Ja. Es bräuchte dazu eine ganzheitliche und reflektierte Kampagne, ähnlich wie beim Rauchen: Das ist heute auch grösstenteils uncool.

.....
**INTERVIEW: DIRK MEISEL,
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH**
dirk.meisel@evppev.ch
.....

BESTE BRÜCKENBAUER

Die zwei besten Brückenbauer unter den 200 Nationalrätinnen und Nationalräten heissen Nik Gugger und Marianne Streiff, EVP! Eine erstmals durchgeführte breit angelegte Auswertung von CH Media belegt: In einer Disziplin sind die EVP-Nationalratsmitglieder «unschlagbar»: Sie sind «Meister darin, politische Brücken zu bauen». Nik Gugger führt den Brückenbauer-Index zur Halbzeit der Legislatur mit 219 Punkten an, gefolgt von Parteikollegin Marianne Streiff auf Platz zwei. Fast 2900 Vorstösse seit Dezember

2021 wurden daraufhin ausgewertet, wie erfolgreich jedes Ratsmitglied Unterstützung für seine Anliegen mittels Unterschriften der anderen Ratskolleginnen und -kollegen mobilisieren konnte und wie oft er selbst Vorstösse anderer unterzeichnet hat – ein «Indikator der Kompromissbereitschaft», der «eine grundsätzliche Bereitschaft zeigt, gemeinsame Lösungen zu suchen», schreiben Fachspezialisten. Gugger gehe einen Schritt auf Ratskolleginnen und Ratskollegen zu – «namentlich auf solche aus anderen politischen Lagern».



Nik Gugger und Marianne Streiff sind die besten Brückenbauer!

DURCHBRUCH!

Sommer 2021: Endlich ein historischer Durchbruch in Sachen Transparenz der Politikfinanzierung! Die Mehrheit beider Räte hat dem griffigen Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative zugestimmt. Damit ist die erste schweizweite Transparenzregelung auf der Zielgeraden. Sie sieht diverse Offenlegungspflichten und Kontrollmechanismen für Spenden an Wahl- und Abstimmungskämpfe vor. Die EVP hat von Anfang an konsequent sowohl die Initiative wie später auch den erreichten Kompromiss unterstützt. Dieser sieht vor, dass

Spenden an Wahl- und Abstimmungskämpfe künftig erst ab 15'000 Franken offengelegt werden müssen – die Initiative hatte einen Schwellenwert von 10'000 Franken gefordert. Kontrollen sollen sich lediglich auf Stichproben beschränken. Und schliesslich werden die Regelungen auch für den Ständerat gelten, der für sich anfangs selbst eine Ausnahme machen wollte. Die wesentlichen Forderungen des Trägervereins der Transparenz-Initiative sind damit erfüllt. Die Initiative kann zurückgezogen werden! (ms)



Ziel erreicht. Die Initiative kann zurückgezogen werden.

KEINE AUSNAHMEN

Die EVP hat sich von Anfang an an vorderster Front für die Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrekturinitiative)» eingesetzt. Der Ständerat hat in der Sommersession zwar die Volksinitiative selbst klar zur Ablehnung empfohlen. Er hat jedoch ebenso deutlich dem indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats mit 30 zu 11 Stimmen zugestimmt. Mit einer Mehrheit bestehend aus Ständerätinnen und Ständeräten von SP, Grü-

ne und Mitte wurde die Vorlage zudem in einem für die EVP sehr wichtigen Punkt wesentlich verschärft: Eine Ausnahmeregelung für den Bundesrat wurde – wenn auch knapp mit 22 zu 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen – gestrichen. Mit dieser Entscheidung ist der Ständerat den Initianten weit entgegengekommen. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat und man darf gespannt sein, ob und inwieweit er dem Ständerat folgt.



Keine Ausnahmen für den Bundesrat bei Waffenexporten

ERFOLG FÜR DIE FRAUEN

Erfolg für eine Motion von Marianne Streiff. Der Nationalrat hat in seiner Sommersession ihren Vorstoss «Die Geschichte der Frauen in der Schweiz soll in einem nationalen Museum sichtbar werden» mit 94 Ja- und 81 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat wird darin beauftragt, ein Konzept für ein «Haus der Frauengeschichte» ausarbeiten zu lassen. Geschichte wurde in der Vergangenheit in der Schweiz grösstenteils von Männern über

Männer geschrieben. Bis heute fehlt ein nationales Zentrum mit weiblichen Perspektiven auf die Schweizer Geschichte. Es wird häufig übersehen, dass Frauen schon viel früher als 1971 in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur erfolgreich tätig waren. Eine konstruktive Mitwirkung des Bundes bei der Erarbeitung des Konzeptes würde die Chancen für eine anschliessende Verwirklichung wesentlich erhöhen. (ms)



Ein Zentrum mit weiblicher Perspektive auf die Geschichte

FÜR DIE SCHWEIZ IM AUSLAND UNTERWEGS

Im Rahmen eines Doppeljubiläums in den beiderseitigen Beziehungen besuchte Aussenminister Ignazio Cassis zusammen mit den beiden Ratsmitgliedern, Nationalrätin Lilian Studer und Nationalrätin Corina Gredig Anfang Juli die baltischen Staaten Litauen, Estland und Lettland: Vor 100 Jahren hatte die Schweiz die Unabhängigkeit Litauens anerkannt und vor dreissig Jahren, nach dem Zerfall der Sowjetuni-

on, waren die bilateralen Beziehungen auch zu den anderen beiden Staaten wieder aufgenommen worden. Zudem nahm die Delegation an der Ukraine-Reformkonferenz teil, die seit 2017 jährlich in einem Gastland stattfindet. Sie hat zum Ziel, den Reformprozess in der Ukraine zu unterstützen und Handlungsempfehlungen zu formulieren.



Nik Gugger mit OSCE-Kollegen und Wahlleiterin im Wahllokal



Lilian Studer mit Aussenminister Cassis auf diplomatischer Mission

Ebenfalls im Juli reiste Nationalrat Nik Gugger nach Moldawien, um für die OSCE die dortigen Parlamentswahlen zu beobachten. Die Republik Moldau zwischen Rumänien und der Ukraine gehört zu den drei ärmsten Ländern Europas. Zerfressen von Korruption und organisierter Kriminalität kann es seinen 3,1 Millionen Einwohnern wenig sozio-ökonomische Perspektiven bieten – die Abwanderung gerade der jungen Generation ist entsprechend hoch. Das

Land braucht dringend Reformen. Die vorgezogenen Parlamentswahlen verliefen jedoch gemäss Schlussbericht von Nik Gugger ruhig und ohne grössere Auffälligkeiten oder Probleme. Die pro-europäische und reformorientierte Partei "Aktion und Solidarität" (PAS) der amtierenden Präsidentin Maia Sandu konnte 63 von 101 Mandaten erringen, der Frauenanteil betrug annähernd 40 Prozent. Sandu gilt als unbestechlich und europafreundlich.

Anzeige

MEHR VOM LEBEN LESEN

Wir ordnen ein, vermitteln Zusammenhänge und dokumentieren achtsam das Leben.

Jetzt kostenlos kennenlernen unter [www.doppelpunkt.ch!](http://www.doppelpunkt.ch)

NEIN ZUR AUSWEITUNG DER FORTPFLANZUNGS-MEDIZIN

Die EVP Schweiz lehnt die «Ehe für alle» wegen der Ausweitung der Samenspende auf lesbische Paare ab. Denn damit würde der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin verfassungswidrig ausgeweitet und den Kindern vorsätzlich ein Vater verwehrt. Für die EVP ist klar: Die rechtliche Gleichstellung von zwei erwachsenen, sich liebenden Menschen soll unabhängig vom Zugang der Fortpflanzungsmedizin geschehen.

Wer sich im Jahr 2021 gegen die «Ehe für alle» ausspricht, erntet dafür oft Unverständnis, Spott und Hohn. Die Frage der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare jedoch einzig und allein auf den Slogan «Love is love» zu reduzieren, ist unredlich.

In der Debatte rund um die «Ehe für alle» war für die EVP von Anfang an klar, dass die Fortpflanzungsmedizin die letzte Möglichkeit («ultima ratio») bei medizinisch diagnostizierter Unfruchtbarkeit bleiben soll und den Kindern ein Vater nicht vorsätzlich verwehrt werden darf. Anders als von der Kommission und vom Bundesrat vorgeschlagen, hat sich das Parlament aber geweigert, die Fragen der gleichen Rechte für Homosexuelle und der Ausweitung der Samenspende in zwei separaten Vorlagen zu behandeln. Im Folgenden gehe ich auf einige Argumente befürwortender Kreise ein:

«Ein Hetero-Ehepaar darf heute die Samenspende anwenden. Dies lesbischen Paaren zu verbieten ist Diskriminierung!»

Eine Diskriminierung liegt vor, wenn Gleiches nicht nach Massgabe seiner Gleichheit gleich und Ungleiches ungleich behandelt wird. In der Verfassung heisst es, dass nur bei Unfruchtbarkeit die Samenspende angewendet werden darf. Da zwei Frauen natürlicherweise keine Kinder zeugen können und daher der von der WHO definierte Begriff der Unfruchtbarkeit gar nicht vorliegt, ist diese Ungleichbehandlung keine Diskriminierung. Vielmehr sagt damit die Verfassung klar, dass die Fortpflanzungsmedizin bei homosexuellen Paaren gar nicht angewendet werden kann.

«Kinder von lesbischen Paaren sind eine Realität. Wenn wir die Samenspende verwehren, gehen sie einfach in zwielichtige ausländische Kliniken.»

FAKT IST:

Das Argument «Weil es im Ausland möglich ist, müssen wir auch» darf niemals

Argument sein für unsere Gesetze, weil wir uns sonst immer ans liberalste Land anpassen müssten. Zudem gälte dann bei der Leihmutter-schaft genau das gleiche: Schon heute «kaufen» sich Schweizer Paare im Ausland ein Kind mittels Leihmutter-schaft. Wenn dieses Argument gültig sein sollte, könnte damit (und wird auch schon!) die Eizellenspende und die ethisch fragwürdige Leihmutter-schaft gefordert werden.

«Zwei Frauen oder zwei Männer können genau so gute Eltern sein, wie ein Heteropaar.»

FAKT IST:

Es geht nicht um Erziehungskompetenz. Die Möglichkeiten der Fortpflanzungsmedizin er-

weitern die Grenzen des Machbaren und lassen wichtige ethische Fragestellungen unbeantwortet. Dabei darf es aber nicht ein Recht Erwachsener auf (eigene) Kinder geben, sondern die Rechte der Kinder müssen im Zentrum stehen. Wir gehen davon aus, dass es für ein Kind eine gute Ausgangslage ist, wenn es mit Vater und Mutter aufwachsen kann (dabei ist uns bewusst, dass diese Idealform längst auch nicht in allen heterosexuellen Beziehungen der Fall ist). Bei der Samenspende besteht die Beziehung zum biologischen Vater grundsätzlich nicht, was für die Identitätsentwicklung des Kindes kritisch ist. Erhalten lesbische Paare Zugang zur Samenspende, fehlt dem Kind nicht nur die biologische Abstammung zur Bezugsperson neben der Mutter, sondern dem Kind wird ein Vater grundsätzlich und vorsätzlich gesetzlich vorenthalten.

«Niemand fordert die Leihmutter-schaft oder die Samenspende für



Kindern soll nicht vorsätzlich ein Vater verwehrt werden.

Alleinstehende Frauen».

FAKT IST:

Im Moment können alleinstehende Personen keine Samenspende in Anspruch nehmen, weil keine Unfruchtbarkeit vorliegt. Wenn aber die jetzt vorliegende Gesetzesänderung das Kriterium «Unfruchtbarkeit» in der Verfassung faktisch zum «unerfüllten Kinderwunsch» umdeutet und somit der «unerfüllte Kinderwunsch» die Massgabe für die Fortpflanzungsmedizin wird, werden entsprechende Forderungen kommen. Dann heisst es eben plötzlich - wie heute schon auf Demonstrationen - «Samen für alle». Das gleiche gilt analog

für schwule Paare, die auf dieser Basis dann auch Zugang zu den entsprechenden Methoden der Fortpflanzungsmedizin einfordern dürften (Eizellenspende, Leihmutter-schaft). Weshalb sollten schwule Paare oder Alleinstehende ihre biologisch bedingte Kinderlosigkeit akzeptieren, wenn mit der vorliegenden Gesetzesänderung lesbische Paare dies nicht mehr müssen?

ROMAN RUTZ
GENERALSEKRETÄR EVP CH
roman.rutz@evppev.ch

WAS SPRICHT DAGEGEN?

- **Unsachgemässe Zusammenführung:** der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare mit der verfassungswidrigen Ausweitung der Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare.
- **Ausnahme und nicht gesetzlicher Regelfall:** Fortpflanzungsmedizin soll «ultima ratio» bei Unfruchtbarkeit bleiben und nicht zum Regelfall bei «unerfülltem Kinderwunsch» werden.
- **Kindwohl gemäss UN-Kinderrechtskonvention:** Kinder haben ein Recht auf Vater und Mutter.
- **Weitere Forderungen:** Ausweitung der Samenspende weckt weitere Begehrlichkeiten von Alleinstehenden und homosexuellen Männern.

DIE 99%-INITIATIVE WILL UNGLEICHHEIT IM LAND MINDERN, DOCH IHR ANSATZ IST UMSTRITTEN

Am 26. September wird auch die 99%-Initiative dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Sie verlangt, dass Einkommen aus Kapital ab einer zu bestimmenden Höhe anderthalbmal so hoch besteuert werden soll wie Einkommen aus Arbeit. Die EVP-Delegiertenversammlung fasste am 19. Juni mit 63 zu 44 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Ja-Parole. Die EVP-Nationalratsmitglieder hatten die Initiative im Rat dagegen abgelehnt. Nicht das Anliegen der Initiative ist umstritten, sondern deren Ansatz.

Die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative) will gemäss ihrer Initianten Kapitaleinkommen, also Einkommen aus Dividenden, Aktiengewinnen und Zinsen über 100'000 Franken 1.5-fach so hoch besteuern wie Arbeitseinkommen. Dadurch will sie der zunehmenden Vermögensungleichheit im Land begegnen: Ein Prozent der sogenannten Superreichen besitzen 43 Prozent des Gesamtvermögens und lassen dieses Kapital für sich arbeiten, während 99 Prozent der Bevölkerung den Wohlstand des Landes erarbeiten würden sowie tiefe und mittlere Einkommen zunehmend über weniger Kaufkraft verfügen. Die Menschen, die für ihr Einkommen arbeiten, sollen weniger Steuern bezahlen als diejenigen, die von leistungsfreien Kapitaleinkommen in Milliardenhöhe leben.

Stärkung des Service Public

Mit den zusätzlichen 10 Milliarden Steuereinnahmen sollen, so die Initianten, diese tiefen und mittleren Einkommen entlastet werden - entweder durch Steuersenkungen oder durch einen Ausbau des Service Public. Damit könnte zum Beispiel der öffentliche Verkehr ausgebaut oder vergünstigt werden, um klimafreundliche und bezahlbare Mobilität für alle Menschen sicherzustellen oder es könnten gebührenfreie Kitas finanziert werden, um Familien von der Doppelbelastung durch Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit zu entlasten. Investitionen ins Gesundheitssystem und in Prämienvergünstigungen könnten Familien und tiefe Einkommen bei den höchsten Ausgabenposten unterstützen. Weiterbildungsangebote würden den Menschen Zukunftsperspektiven eröffnen, die in klimaschädigenden Bran-



Foto: pixabay.com

Der Weg zu weniger Ungleichheit ist umstritten.

chen arbeiten.

Schäden für KMU und Steuerausfälle befürchtet

Die Gegner der Initiative argumentieren, dass reiche Personen bereits heute über die Steuerprogression massiv mehr bezahlen. Ein Prozent der Steuerzahler bezahle mehr als 40 Prozent der direkten Bundessteuer, während 45 Prozent der Leute gar keine Bundessteuer bezahlen müssten.

Dividenden würden zudem bereits heute doppelt besteuert, einmal als Gewinn im Unternehmen, dann noch einmal bei der Ausschüttung an die Aktionäre. Eine noch stärkere Besteuerung der Dividenden würde

den Anreiz schwächen, in Unternehmen zu investieren - was insbesondere den investitionsbedürftigen KMU schaden würde. Die Kritiker befürchten zudem, dass viele finanzstarke Personen die Schweiz verlassen würden und es zu erheblichen Steuerausfällen kommen könnte. Die Initiative lasse zudem im Unklaren, welche Einkommen als Kapitaleinkommen gelten sollen. Auch sagt der Text der Initiative selbst nichts darüber aus, wofür die steuerlichen Mehreinnahmen genutzt werden müssen.

KOMMUNIKATION EVP CH
info@evppev.ch

WAS SPRICHT DAFÜR?

- **Gegen falsche Anreize:** Das Steuersystem privilegiert Kapitalgewinne gegenüber Einkommen aus menschlicher Arbeit und schafft damit falsche Anreize. Es ist auch eine Frage der Werte: Wer soll belohnt werden? Der, dessen Geld für ihn arbeitet oder derjenige, der selbst arbeitet, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen?
- **Für mehr Gerechtigkeit:** Heute sind Kapitaleinkommen privilegiert. Dividenden werden nur zu 50-70 Prozent besteuert, während Löhne zu 100 Prozent versteuert werden. Die Initiative will diese Ungerechtigkeit unterbinden und der steigenden Ungleichheit im Land begegnen.
- **Für mehr politische Handlungsfähigkeit:** Die vermeintliche Gefahr der Abwanderung reicher Steuerzahlenden verhindert bis anhin jede finanz- und steuerpolitische Diskussion und macht politisch handlungsunfähig.
- **Für eine Entlastung tieferer Einkommen:** Die 99%-Initiative will einen Ausbau des Service Public und eine Entlastung der tiefen Einkommen, wovon insbesondere Frauen profitieren würden.

TERMINE 2021

- 04.09. Fokustag Nordisches Modell
- 13.09. - 01.10. Herbstsession des eidgenössischen Parlaments
- 18.09. Delegiertenversammlung, Yverdon
- 26.09. Eidgenössische Volksabstimmung
- 29.10. 12. KMU-Forum

WIE WEITER MIT DER STABILISIERUNG DER AHV?

In der Sommersession hat die Mehrheit des Nationalrates das Rentenalter für Frauen auf 65 angehoben. Wird damit die AHV auf dem Rücken der Frauen saniert? Und wie nachhaltig ist dieser Sanierungsversuch? 3 Fragen an Marianne Streiff:

Marianne, ihr habt im Nationalrat zugestimmt, dass das Rentenalter für Frauen von 64 auf 65 angehoben wird. Weshalb?

Weil wir jetzt handeln müssen. Wir haben auch eine Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen. Es ist ein Kompromiss, aber ohne Kompromiss wird es nie eine Lösung geben. Diese Erhöhung des Referenzalters ist ein wichtiger Schritt, um die Sozialwerke zu sanieren.

Aber wird so die AHV nicht letzt-

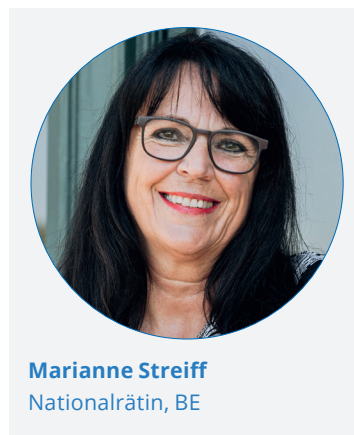
lich auf dem Rücken der Frauen saniert?

Nein. Ein erheblicher Teil der dadurch erreichten finanziellen Entlastung wird wieder für Ausgleichsmassnahmen für die Frauen eingesetzt. Die ersten sechs Jahrgänge pensionierter Frauen nach Inkrafttreten des Gesetzes sollen bis zu 150 Franken pro Monat Rentenzuschläge erhalten - das war uns sehr wichtig, gerade für Frauen mit tiefen und mittleren Einkommen. Mit dieser vom Nationalrat vorgeschlagenen Lösung würde den

meisten Frauen dieser Übergangsjahrgänge, die ihre Rente bis zu drei Jahren im Voraus beziehen, die Rente weniger gekürzt als vom Bundesrat vorgesehen. Ein zweiter wesentlicher Schritt zur Sicherung der AHV wird mit der Anhebung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte erreicht.

Ist es damit dann getan oder braucht es weitere Reformschritte?

Wenn auch der Ständerat unseren Vorschlag annimmt, muss der Bun-



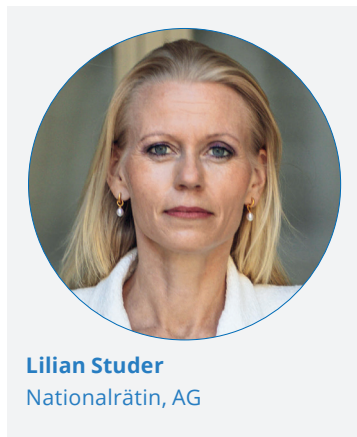
Marianne Streiff
Nationalrätin, BE

Foto: Rebekka Suter

desrat bis Ende 2026 eine neue Vorlage zur Stabilisierung der AHV ab 2030 vorlegen.

WIE WEITER IM KAMPF GEGEN DEN KLIMAWANDEL?

Das Nein zum CO₂-Gesetz hat die wenig konstruktiven Kräfte im Ringen um den Kampf gegen den Klimawandel gestärkt. Aufgeben ist jedoch keine Alternative. Was tun? Drei Fragen an Lilian Studer:



Lilian Studer
Nationalrätin, AG

Foto: Rebekka Suter

Was bedeutet das Scheitern des CO₂-Gesetzes für den Klimaschutz in der Schweiz?

Das ist eine politische Katastrophe, weil es die wenig konstruktiven Kräfte innerhalb von SVP und FDP stärkt. In Umfragen bezeugt man zwar, wie wichtig es wäre, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Wenn es dann aber konkret wird, scheut man die Konsequenzen.

Wie kann es jetzt weitergehen?

Gerade die verherrenden Wetterextreme diesen Sommer haben die

Notwendigkeit erneuerbarer Energien nochmals klar aufgezeigt. Es gilt nun, die Instrumente rasch umzusetzen, die unbestritten und klar mehrheitsfähig sind - einzelne Massnahmen allenfalls auch einzeln, z.B. die Erhöhung der CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe, das Verbot von Elektro- und Ersatz-Öl-Heizungen usw. Im Bereich Mobilität könnte der Technologieschub durch E-Autos zu einer raschen CO₂-Reduktion führen. Das klappt jedoch nur, wenn wir auch die Ladeinfrastruktur bereit-

stellen können und die drohende Stromlücke mit erneuerbarem Strom decken.

Wie wird sich die EVP positionieren und einbringen?

Die EVP wird sich im Rahmen des Energiegesetzes für eine stärkere Förderung erneuerbarer Energien (Fotovoltaik, Wind- und Wasserkraftwerke) stark machen sowie für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos und mithelfen, beim CO₂-Gesetz mehrheitsfähige Massnahmen umzusetzen.

WIE WEITER MIT DEM EU-RAHMENABKOMMEN?

Der Bundesrat hat die Verhandlungen mit der EU um ein institutionelles Rahmenabkommen vor der Sommerpause einseitig abgebrochen. Was hat dieser Entscheid für Konsequenzen und wie soll es weitergehen? 3 Fragen an Nik Gugger, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates:

War der Abbruch der Verhandlungen um das Rahmenabkommen ein notwendiger Schritt?

Ein einseitiger Verhandlungsabbruch bringt selten weiter. Die EU war enttäuscht und frustriert. Immerhin hat sie signalisiert, dass die Tür für ein Abkommen offen bleibt, allerdings auch, dass sie ihre Position nicht ändert. Der Ball bleibt weiterhin bei der Schweiz, die klarer definieren muss, was sie will und nicht nur, was sie nicht will.

Welche Konsequenzen hat der Ab-

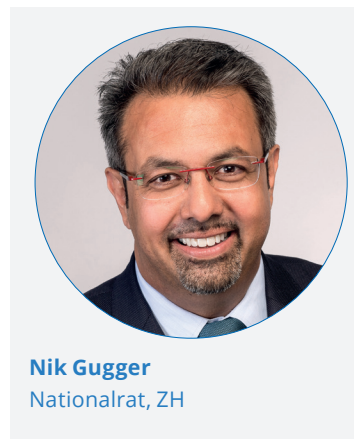
bruch für die Schweiz?

Ohne eine Lösung läuft uns schlicht die Zeit davon. Ohne Rahmenabkommen zum Beispiel kein Stromabkommen: Die Schweiz hat aber die stärkste internationale Vernetzung ihres Stromnetzes, die jetzt zunehmend gefährdet ist - das grösste anzunehmende Risiko für die Schweizer Wirtschaft, eine umfassende Strommangellage, ist wahrscheinlicher geworden. Wir sind auch aus den europäischen Kooperationsabkommen Horizon Eu-

rope, Erasmus+ und Creative Europe raus, so dass zum Beispiel Start-ups oder wichtige Forschungsprogramme nicht mehr europäisch mitfinanziert werden.

Wie kann es jetzt weitergehen?

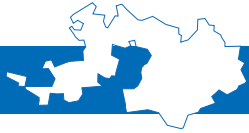
Die EU hat klar gemacht, dass für sie eine Weiterentwicklung der Bilateralen Verträge nicht in Frage kommt, auch Freihandelsabkommen würden nur sektorielle Marktteilnahme bringen. Eine zu prüfende Option könnte der Beitritt zum EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) sein.



Nik Gugger
Nationalrat, ZH

Foto: zYg

KANTON BASELSTADT



ARBEITSAUSBEUTUNG

«Aufgrund der enormen Dunkelziffer und wenigen Verurteilungen sind Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in der Schweiz ein Low-Risk-Geschäft», stellt Landrätin Sara Fritz in einer Interpellation an den Basler Regierungsrat Ende Juni fest. Für eine effektive Strafverfolgung brauche es jedoch genügend Ressourcen. Sie fragt den Regierungsrat deshalb nach seiner Bereitschaft,

der Bekämpfung höhere finanzielle, personelle und materielle Priorität einzuräumen. Sie regt einen «Runden Tisch Arbeitsausbeutung» an sowie ein Team von Polizisten und Staatsanwälten, das sich ausschliesslich um derartige Fälle kümmert. Auch fragt sie nach konkreten Möglichkeiten, Zivilgesellschaft und Medien stärker in die Bekämpfung einzubinden.



Fotos: pixabay.com

«Menschenhandel und Arbeitsausbeutung sind brutale Verbrechen gegen die Menschenwürde», stellt Landrätin Sara Fritz klar.

KANTON ST. GALLEN



KEINE E-ZIGIS AN KIDS

Der St. Galler Kantonsrat stoppt den E-Zigarettenverkauf an Kinder! Mit überwältigender Mehrheit von 74 Ja zu 25 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen hat er eine entsprechende Motion von EVP-Kantonsrat Jascha Müller an die Regierung überwiesen. Diese verlangt, dass sämtliche nikotinhaltige Produkte - inklusive den E-Zigaretten - so schnell wie möglich Zigaretten rechtlich gleichgestellt wer-

den. Durch einen Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts war seit April 2018 eine Rechtslücke entstanden, die das Verkaufsverbot für nikotinhaltige E-Zigaretten-Liquids aufgehoben hatte. Spannend: Das Lobbying von Swiss Cigarette hatte im Rat die Unterstützung für die Motion sogar verstärkt. Im Kanton Bern hatte die EVP bereits vor zwei Jahren mit ihrem Vorstoss Erfolg gehabt.



Erfolg für die St. Galler EVP im Kantonsrat: E-Zigaretten dürfen nicht mehr an Jugendliche verkauft werden.

KANTON FREIBURG



TREUE PARTNERSCHAFT

Personelle Veränderungen und möglicherweise auch solche in der parteipolitischen Zusammensetzung des Staatsrates führen im Kanton Freiburg zu neuen Allianzen für die Grossratswahlen am 7. November.

Die EVP bleibt ihrer Partnerschaft mit der Mitte-Links-CSP Freiburg treu. In 5 der 8 Wahlkreise stellen sie gemeinsame Listen auf, die z.T. durch unabhängige oder Grüne KandidatInnen

ergänzt werden. Nicht weniger als ein Dutzend EVP-KandidatInnen werden bei diesen Wahlen antreten. Sie werden im Seebezirk mit Caroline Dodler, Ueli Herren, Mirjam Lehmann, Niklaus Mosimann und Konstantin Stefanov, in Grejerzerland mit David Hausmann und Keran Kocher sowie in der Broye mit Norbert Valley und Déborah Schmidt prominent vertreten sein. (ps)



Foto: zVg

Frisch gewählt besuchte EVP-Parteipräsidentin Lilian Studer die Sektion Fribourg an ihrer GV anlässlich des 25-jährigen Bestehens.

Anzeige



■ Gemeinsam für Religionsfreiheit und Menschenwürde

■ CSI-Tag 2021

Alle sind herzlich willkommen.
Einblicke aus erster Hand!

Samstag | 25. September 2021 | 10 bis 16 Uhr

Evang. Kirchgemeindehaus Zürich Höngg

Ackersteinstrasse 190 | 8049 Zürich

Anmeldung und weitere Infos auf: csi-schweiz.ch/csi-tag

Subsahara-Afrika
Franklyne Ogbunwezeh



Christen bleiben
hoffnungsvoll

Syrien
Nabil Antaki



Gibt es Zukunftsperspektiven?

Myanmar
Kakreh Moo



Die Verfolgung
von Karen-Christen

DIE WELT NICHT RETTEN, ABER MITGESTALTEN

«Wir wollen neue Mitglieder gewinnen!», sagten wir uns von der *jevp vor bald einem Jahr. Und wie bitte schön? Ganz einfach: Wir gehen dorthin, wo unsere junge Zielgruppe ist, die wir noch nicht kennen, aber erreichen möchten. Ergo: Ins Internet.

Daraus ist unsere Neumitgliederkampagne im Videoformat entstanden, die wir inzwischen auf Social Media schalten. Die moderne Technik erlaubt es, die Videos präzise unserer Zielgruppe anzuzeigen. Eine eigens dafür eingerichtete Homepage versorgt Interessierte mit frisch aufbereiteten Informationen darüber, was uns als Jungpartei ausmacht und wie man sich einbringen kann. Verpackt in ihre persönliche Geschichte haben vier junge Menschen ihren Weg zum politischen Engagement in der *jevp verfilmen lassen:

Joya beobachtet eine bedenkliche Entwicklung: Ein hoher Perfektionsanspruch wird nicht nur an Lebensmittel und Produkte gestellt, sondern macht zunehmend auch vor Menschen nicht mehr Halt. Bei ihrem Einsatz im Einwohnerrat von Brugg stellt sie aber auch Ermutigendes fest: «Als kleine Mittepartei sind wir nicht selten die entscheidende Stimme, wenn es darum

wahlen in Zürich für die EVP aufstellen zu lassen.

Mätthu veranschaulicht am Beispiel des Veloverkehrs, wie sich Lösungsorientierung und Nachhaltigkeit pragmatisch vereinbaren lassen. Er setzt sich tatkräftig im Vorstand der *jevp Kanton Bern ein. Dabei erlebt er, dass Politik nicht nur trocken ist, sondern auch heisst, Kontakte zu knüpfen, Gemeinschaft zu geniessen und kontrovers diskutieren zu können.

Den Wert der Diskussion betont auch Elona. Ihr Interesse für die Po-



Botschafterinnen für die Werte der EVP in Action.



«Unsere Demokratie bewahren wir dadurch, dass wir weiterhin miteinander sprechen und diskutieren – gerade auch zwischen den Generationen.»

Elona



Die *jevp vor der Kamera: Werben für gemeinsames Engagement.

geht, ob ein Antrag angenommen oder abgelehnt wird.

Christina erlebt und prägt in der Jungschi etwas, das sie auch in der *jevp findet: Ein gerechtes Miteinander und Lösungsorientierung bei Konflikten. Das hat sie dazu bewogen, sich für die Kantonsrats-

«Ich musste lernen, dass ich die Welt nicht retten kann. Aber ich habe entschieden, dass ich mich in meinem Umfeld mit meinen Fähigkeiten einsetzen möchte.»

Joxa

litik wurde durch die Jugendsession geweckt. Heute trägt sie das Feuer in der Fribourger Region weiter. Mit ihr zusammen sind wir überzeugt, dass die Werte der EVP heute und auch in Zukunft wichtig sind.

Die Videos können online angeschaut und geteilt werden unter mitmachen.jevp.ch.

Die Finanzierung konnte nicht zuletzt auch dank grosszügiger Unterstützung der EVP Schweiz gelingen, herzlichen Dank an dieser Stelle!

Im September findet ein Anlass mit den neuen *jevp-Mitgliedern statt, bei dem uns EVP-Parteipräsidentin und Nationalrätin Lilian Studer durchs Bundeshaus führen wird. Wir freuen uns darauf, neue Gesichter kennenzulernen!

CHRISTOPH BÖSINGER
VORSTAND *JEVP
christoph.boesinger@gmail.com

